



### Städtische Finanzen

## Baugruben und Haushaltslöcher

Die städtischen Kassen sind alles andere als gut gefüllt. Rund 100 Millionen Euro fehlen im Verwaltungshaushalt. Daran ändern auch die optimistischen Schätzungen der Steuereinnahmen bei der Gewerbesteuer nichts.

Am Grundproblem hat sich eben nichts verändert. Nach wie vor müssen die Städte und Gemeinden einen Großteil der staatlichen

Beschäftigte, weitere Ausgliederungen als Vorstufe zur Privatisierung (städtisches Gebäudemanagement) und Kürzungen in vielen Bereichen.

Die Schulden der Stadt Darmstadt belaufen sich auf rund 310 Millionen Euro.

### Wo wird gespart?

Im Bereich der Kinder- und

### 675 Jahre Darmstadt

#### Broschüre unserer Stadtverordnetenfraktion

Nicht erst seit gestern ist es bekannt, dass es am 23. Juli 675 Jahre her ist, dass Darmstadt die Stadtrechte verliehen bekam. Eigentlich war also genügend Zeit, sich gründlich auf dieses Jubiläum vorzubereiten. Die Fraktion PDS/DKP-Offene Liste muss allerdings feststellen, dass die diesbezüglichen Bemühungen des Magistrats dem Anlass wenig gerecht werden. Der Veranstaltungsplan, der seit Monaten den Bürgerinnen und Bürger angeboten wird, ist dürftig und konzeptionslos; das Geschichtsbild, das aus dem Faltblatt des Magistrats hervorgeht, ist einseitig.

In einer eigenen Broschüre möchten wir ausführliche Gegenpositionen formulieren.

Die Broschüre

**Auf der Suche nach Spuren von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit** ist bei unserer Stadtverordnetenfraktion erhältlich.

Aufgaben erledigen und bekommen nur einen Bruchteil der Steuereinnahmen. Eine Gemeindefinanzreform, die diesen Zustand behebt, ist nicht in Sicht.

Der Stadtkämmerer Wolfgang Glenz hat mit dem 1. Nachtragshaushalt ein Konsolidierungsprogramm vorgelegt. Mehr oder weniger mit dem Rasenmäher wurde versucht die Sparvorgaben der Aufsichtsbehörde, des Darmstädter Regierungspräsidiums, einzuhalten. Zentrale Punkte sind die Senkung der Personalausgaben, zum Beispiel durch eine Teilzeitorientierung für städtische

Jugendarbeit, im sozialen Bereich fallen einige Kürzungen ins Auge. So werden die einmaligen Zuschüsse für Klassenfahrten um die Hälfte gekürzt (- 25.000 Euro), die Gelder für internationale Begegnungen im Bereich der Jugendhilfe von 29.900 Euro auf 9.900 Euro, die Gelder zur Förderung der nachschulischen Betreuung ausländischer Mitbürger um 5.590 Euro, der Zuschuss an Stadtelternbeirat und Stadtschülerrat wird um 400 Euro gekürzt (das sind immerhin über 15 Prozent des Gesamteinsatzes). Treffen wird es auch die freien Träger von Kindertagesein-

*Fortsetzung auf Seite 2...*

### Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter,

*Wir haben einen neuen Oberbürgermeister:*

*Mit Walter Hoffmann hat ein Politiker dieses Amt übernommen der maßgeblich für die Umsetzung der unsozialen Hartz IV-Gesetze und der Agenda 2010 verantwortlich ist. Nicht vergessen ist auch seine Zustimmung zum Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Der Sozialdemokrat gibt sich bürgerlich und will mehr Transparenz. Wenn er es ehrlich meint, wird er unsere Unterstützung haben. Sollte er jedoch die unsoziale Politik der Bundesregierung weiter umsetzen wollen, so wird er unseren Widerstand erfahren.*

*Eine andere Ära ging zu Ende. Bei der Beurteilung der „Ära Benz“ gehen wir davon aus, dass ein Großteil der in dieser Zeit entwickelten Politik - im Positiven wie im Negativen - nicht nur der Person Peter Benz zugeordnet werden kann. weiter auf Seite 8...*



**Rainer Keil,**  
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL  
Vorsitzender der DKP Darmstadt

### Aus dem Inhalt:

Offenlegung Darmbach	S.2
Hindenburgstr. umbenennen	S.3
Hartz IV in Darmstadt	S.4
Feinstaub	S.5
Borsdorffstr./Kranichstein	S.7

## Offenlegung des Darmbaches

### Dummbachs Wasserspiele

Darmstadt Stadt am hellen Strand des Darmbaches, so sieht es die Planung „Offenlegung des Darmbaches“ vor. Befreit vom Rohr vor dem Vivarium zwischen Bäumen, mit Teich durch die Rudolf-Müller-Anlage (Kleiner Woog) gibt es noch Sinn. Dann aber soll der Bach, der bisher an der Darmstraße im Abwasserkanal verschwindet, von



Bild: Vision vom Schlossgraben  
Quelle: WerkStadt

den Toten auferweckt werden. Als Gerinne am Liebighaus vorbei, plätschernd das monströse Kongresszentrum passierend in Richtung Herrngartenteich. Ab dort unter dem Johannesviertel in eigenem Rohr zum Knell-Gelände. Nachdem das Wasser sich dort kurz zeigen darf, dann wieder durchs Rohr zu einem kurzen Wiedersehen am »Tiefen See« schließlich am Klärwerk vorbei zum Landwehrgraben. Das soll 9,4 Millionen € kosten. Für das Kyoto-Protokoll bringt es nix, Feinstaub wird nicht niedergeschlagen, es hat halt nur seine Ordnung mit dem Wasser. Weil Bachwasser nicht in

die Kläranlage gehört, sagt Stadtbaurat Wenzel. Es lässt sich leicht ausmalen, dass die offenen Gerinne zur Deponie von Kippen, Bananenschalen und Hundekot verkommen, so dass vor dem Herrngartenteich eine kleine Kläranlage vonnöten ist. Im Sommer wird eine stinkende Kloake entstehen, wenn ab Woog nichts mehr abfließen will. Aber dann ist das Wetter schuld.

Das Schönste kommt noch. Zusätzlich zu den Bau- und Unterhaltungskosten wird der Steuer- und Gebührenzahler noch mal zu Kasse gebeten: Die Stadt fühlt sich von ihrem Anteil Kläranlage um das Bachwasser entlastet. Bei 13 - 15 Millionen cbm Abwasser in der Haupt-Kläranlage pro Jahr sind die von der Stadt gemessenen 750 000 cbm Bachwasser schon etwas. Die Presse berichtet über eine Mehrgebühr von 20 Cent je Kubikmeter Abwasser. Das wäre Strafe für Dummheit. Wir meinen: Wasser von den Dächern gehört auch nicht in die Kläranlage!

Sinn gäbe auch der Bau einer Zisterne in der Rudolf-Müller-Anlage und die Verwendung des Darmbaches als Brauchwasser für Herrngartenteich und Springbrunnen oder fürs Straßensprengen.

**Siegfried Oettmeier**  
**Die Linkspartei.PDS**  
**Darmstadt**

...Fortsetzung von S.1 "Haushalt"

richtungen, ihr Etat wird um 600.000 Euro beschnitten.

Im Bereich der Schulsozialarbeit wird zwar etwas aufgesattelt, es springen aber gerade mal zwei halbe Stellen für zwei Schulen heraus. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Schulbausanierungsprogramm tritt auf der Stelle.

Es könnte schlimmer kommen, vergleicht man mit der Situation in anderen Städten, wo ganze Einrichtungen geschlossen werden.

#### Prestigeobjekte bleiben

Wer sich das städtische Haushaltsloch rein räumlich vorstellen will kann dies an der Baustelle des Wissenschafts- und Kongresszentrums in der Alexanderstrasse tun. Dort vergräbt die Stadt über 77 Millionen Euro. Und dabei wird es nicht bleiben - jährliche Unterhaltskosten in Millionenhöhe werden die Folgen sein. Mit der Offenlegung des Darmbaches werden weitere 9,7 Millionen Euro verpulvert, die unsägliche Nordostumgehung wird weitere Löcher in den Stadtsäckel reißen.

#### Kurz berichtet 1

##### Neuordnung der Stadtwirtschaft

Nach dem Beschluss des HEAG-Aufsichtsrates vom 24. Mai 2005 ist nun auch der letzte Schritt für die Neuordnung der Stadtwirtschaft und damit auch die Eingliederung der Bauverein AG in den HEAG-Konzern zum 1. Juli 2005 getan. Zuvor hatten auch die Aufsichtsräte der HEAG Süd Hessische Energie AG und der Bauverein AG dem Vorhaben zugestimmt. Darmstadts ehemaliger Oberbürgermeister Peter Benz sprach von einem historischen Meilenstein der Stadtgeschichte: "Damit sind alle wesentlichen wirtschaftlichen Aktivitäten der Stadt unter dem Dach der HEAG zusammengeführt."

Interessanterweise sieht das ehemalige Stadtoberhaupt darin eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Wir sehen dies anders. Schon vor der Entstehung des Stadtkonzerns hatten die gewählten Stadtverordneten kaum Einfluss. Nach der Neuordnung der Stadtwirtschaft sind weite Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge Konzernen wie e.on und RWE ausgeliefert. Wo hier die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird bleibt das Geheimnis von Ex-OB Benz.



Dies geschieht ohne Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Ein von uns eingebrachter Antrag die Darmstädter regelmäßig über die finanzielle Situation der Stadt zu informieren, Transparenz herzustellen für was wie viel Geld wofür ausgegeben wird wurde zwar beschlossen, aber immer noch nicht umgesetzt. Man kann nur vermuten, dass es den verantwortlichen Politikern nur allzu recht ist wenn ihre Bürgerinnen und Bürger möglichst wenig Einblick haben.

**Rainer Keil, DKP Darmstadt**

**Straße endlich umbenennen****Hindenburg war Wegbereiter der faschistischen Diktatur**

Am 1. April 2005 berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ über den Antrag unserer Fraktion die Hindenburgstraße umzubenennen.

Unter der Überschrift „Hindenburg Abermalige Forderung nach Umbenennung einer Straße“ heißt es u.a.:

„Über Paul von Hindenburg streiten sich die Geister. Auch in Darmstadt ist eine Straße nach dem ehemaligen Reichspräsidenten-

zahl der Kommissionsmitglieder hat dem Presseamt zufolge allerdings eine vorzeitige Sitzung abgelehnt.“

Der Artikel in der FAZ stellt die Fakten richtig dar. Den Verantwortlichen der Stadt war wohl sehr daran gelegen eine Diskussion zur Umbenennung der Hindenburgstraße in Verbindung mit dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im Mai diesen Jahres zu vermeiden. Nur so ist die

**Und noch mal Straßenbenennung****Hertlingstraße und die Sozialdemokratie**

Aufmerksame Arheilger haben uns auf die Benennung einer Straße in ihrem Stadtteil nach Georg Graf von Hertling berichtet. In Antwort auf eine kleine Anfrage wurde uns mitgeteilt, dass diese Benennung auf einen Beschluss des Magistrates vom 24.04.2002 zurückgeht. Vorgeschlagen wurde dieser Name im Jahre 1980.

Hertling, am 31.08.1843 geboren, bekämpfte liberale Tendenzen und verweigerte sich der Parlamentarisierung. Er war ein eifriger Verfechter der Sozialistengesetze.

Hertling wird 1917 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, die Ankündigung Wilhelms II, das parlamentarische System im Deutschen Reich einzuführen, veranlasst Hertling, das Amt des Reichskanzlers niederzulegen.

Es ist schon ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet in Darmstadt, von einer SPD/Grünen Koalition regiert, eine Straße nach Graf von Hertling benannt wird. Es zeigt, wie wenig Geschichtsbewusstsein gerade die Darmstädter Sozialdemokraten noch haben.

ten benannt. Da sich das Kriegsennde zum 60. Mal jährt, strebt die Fraktion von PDS-DKP/Offene Liste eine Umbenennung der Straße an, die sich mitten durch die Stadt zieht. Der Stadtverordnete Rainer Keil begründete dies damit, dass Hindenburg 'bei der Machtübergabe an Hitler eine wesentliche Rolle gespielt hat'. Arvid-Harnack-Straße soll die Straße statt dessen heißen, benannt nach einem in Darmstadt geborenen Widerstandskämpfer, der am 22. Dezember 1942 in Strafanstalt Plötzensee hingerichtet wurde.

Die Straßenbenennungskommission will im Herbst über den Vorschlag beraten. Keil favorisiert wegen des Jahrestags jedoch eine frühere Entscheidung. Die Mehr-

beharrliche Weigerung der Einberufung einer Sitzung des Beirates für Straßenbenennung noch im April oder Mai zu werten. Unsere Fraktion wurde über eine Befragung der Beiratsmitglieder informiert, die „mehrheitlich“ keine Sitzung einberufen wollten. Dabei wurde weder ein Abstimmungsergebnis noch nähere Informationen geliefert.

Die politische Grundposition der Stadt Darmstadt in dieser Frage wird deutlich an der Meinung des Stadtarchivars. Die „Frankfurter Allgemeine“ zitiert: „Hindenburg sei keineswegs eindeutig zu fassen, meint Stadtarchivar Peter Engels: 'Das linke Spektrum hält ihn für erzreaktionär, das rechte für

*Fortsetzung auf Seite 8...*

**Kurz berichtet 2****Zweifelhafte Ehrengräber**

Seit Anfang 2003 bemüht sich unsere Stadtverordnetenfraktion um Auskünfte zu Darmstadts Ehrengräbern.

Wir beanstanden eine Reihe von Ehrengräbern, darunter auch das Grab eines Kapellmeisters, der nachdem er bereits zuvor die Position des Dirigenten des Kammerorchesters des "Kampfbunds für deutsche Kultur" innehatte, im April 1933 zum kommissarischen Leiter der städtischen Akademie für Tonkunst ernannt wurde.

Eine vollständige Aufzählung der von uns kritisierten Ehrengräber würde den Rahmen allerdings sprengen. Wir möchten Sie auf unsere Internetseite [www.pds-dkp-old.de](http://www.pds-dkp-old.de) verweisen, auf der wir unter der Rubrik „Ehrengräber“ unsere Informationen veröffentlicht haben. Im Mai 2004 haben wir auf einem öffentlichen Rundgang über der Alten Friedhof auf diese Probleme aufmerksam gemacht. Ein Reader, der anlässlich dieses Rundganges erstellt wurde, ist bei unserer Stadtverordnetenfraktion zu erhalten.

**Ehrengrab für Karl Plagge**

Am 11. April 2005 wurde der in Darmstadt geborenen Karl Plagge in Yad Vashem posthum mit der höchsten Ehrung des Staates Israel als „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Unsere Stadtverordnetenfraktion begrüßt diese Auszeichnung. Sie ist gerade jetzt, in einer Zeit des Sozial- und Demokratieabbaus und der zunehmenden Entwicklung nach Rechts, ein wichtiges und richtiges Zeichen.



Paul von Hindenburg

## Hartz IV in Darmstadt

### Keine Probleme?

Schon in der letzten Ausgabe von "Darmstadt links" hatten wir über die Umsetzung der unsozialen Hartz IV - Gesetze in Darmstadt berichtet.

In Darmstadt wurde zwischen der Agentur für Arbeit und der Stadt Darmstadt eine Arbeitsgemeinschaft (mit ARGE bezeichnet) gebildet. Positiv zu werten ist es, dass Vertreter der ARGE in den monatlich stattfindenden Sozialausschusssitzungen über den Stand der Umsetzung in Darmstadt berichten. So wurde ein umfangreiches Konzept vorgelegt, das in vielen Teilen aber unkonkret ist

Arbeitsbeschreibungen, zu zeigen. Unsere Kritik an einzelnen dieser Arbeitsgelegenheiten, z.B. im Bereich der städtischen Kliniken, in den Stadtteilbibliotheken oder beim Gartenamt wurden vorgetragen. Auch die genehmigten Arbeitsgelegenheiten der GFFB (Gemeinnützige Frankfurter Frauen-Beschäftigungsgesellschaft) stießen auf unsere Kritik. In vielen dieser Fälle sind die Kriterien "zusätzlich" und "im öffentlichen Interesse" nicht erfüllt.

Positiv werten wir die Aussage von Frau Krauss-Weber, dass in Darmstadt diese Arbeitsgelegen-



Bild: arbeiterfotografie.de

oder nur Willensbekundungen formuliert. Dort wo es konkret wird, bei den genehmigten Ein-Euro-Jobs, fehlen zur abschließenden Beurteilung aber wesentliche Informationen.

#### Gespräch bei der ARGE

Unsere Fraktion hat ein Gesprächsangebot der ARGE zum Thema Ein-Euro-Jobs wahrgenommen. Dieses Gespräch fand am 4. Mai 2005 in den Räumen der Agentur für Arbeit statt. Neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer erweiterten Fraktion nahm Frau Krauss-Weber, stellv. Geschäftsführerin der ARGE Darmstadt, weitere ARGE-Mitarbeiter und Vertreter des Internationalen Bundes (IB) teil.

Thema waren die in Darmstadt genehmigten ca. 130 Ein-Euro-Jobs, von denen zum damaligen Zeitpunkt etwa die Hälfte besetzt waren. Leider war man nicht bereit uns nähere Unterlagen, wie

heiten nur freiwillig besetzt werden. Dies werden wir weiter beobachten.

#### Angemessenes Wohnen

Schon seit Beginn des Jahres wird in Sozialausschusssitzungen das Thema Hartz IV und Wohnen thematisiert. Wie bekannt wird seit Anfang des Jahres nur noch die „angemessene“ Miete für Betroffene erstattet. In Darmstadt sind dies 342,- Euro (plus 20 Prozent).

Unsere Fraktion befürchtet hier enormen Druck auf viele ALG II- und Sozialgeldbezieher bis hin zu Zwangsumzügen.

Leider sind die Vertreter der ARGE nicht in der Lage hier genaue Zahlen vorlegen. Wir wollten schon mehrfach wissen, wie vielen Menschen nahe gelegt wurde ihre Wohnung zu wechseln, wie vielen Menschen die Mietzahlungen gekürzt wurden und welche Kriterien angelegt werden. Zahlen wurden nach wie vor nicht vorge-

*Fortsetzung auf Seite 5...*

### Kurz berichtet 3

#### Antrag nicht zugelassen

Zum wiederholten Male wurde ein Antrag von uns nicht zur Stadtverordnetenfraktion zugelassen. Dieses Mal ging es um den US-Soldaten Blake Lemoine. Der US-Verweigerer Blake Lemoine wurde am 28. März wegen Befehlsverweigerung zu sieben Monaten Haft verurteilt. Zugleich entschied das US-Militärgericht in Darmstadt, ihn im Anschluss unehrenhaft aus der Armee zu entlassen. Im Anschluss an den Prozess wurde Lemoine in das US-Militärgefängnis nach Mannheim überstellt, am 10. April von dort nach Fort Sill (Oklahoma) in die USA gebracht.

Da eine offizielle Reaktion der Stadt Darmstadt nicht stattfand wollten wir diese mit einem Antrag einfordern. Reaktion des Stadtverordnetenvorstehers: Dafür ist die Stadtverordnetenversammlung nicht zuständig.

#### Akaziengarten

Wir hatten schon in den letzten Ausgaben von „Darmstadt links“ über die geplante Bebauung des Akaziengartens berichtet. Die Bürgerinitiative „Pro Akaziengarten“ hat sich jetzt als Verein gegründet um weiter gegen die Bebauung zu kämpfen.

In der Antwort auf eine kleine Anfrage unserer Fraktion erklärt Stadtbaurat Wenzel (SPD), dass Ende 2005 mit der Offenlegung des überarbeiteten Bebauungsplanes zu rechnen ist.

Unsere Fraktion lehnt auch die reduzierte Bebauung des Akaziengarten ab. Nähere Infos zu unserer Anfrage im Internet unter [www.pds-dkp-old.de](http://www.pds-dkp-old.de). Informationen der Bürgerinitiative gibt es unter: Verein Pro Akaziengarten, Schepp Allee 84, 64295 Darmstadt, Auskunft im Internet unter [www.pro-akaziengarten.de](http://www.pro-akaziengarten.de).





§22 Angemessener Wohnraum für Arbeitslose

Wir schaffen wieder Gerechtigkeit APD

§22 Strafgesetzbuch\*  
Wer Arbeitslosengeld II erhält, wird im Zweifel mit dem Verlust seiner Wohnung bestraft.

\* Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, gültig ab 1.1.2005

"Wir müssen mit einem Euro pro Stunde auskommen, sonst kann die Wirtschaft sich nicht richtig gesund schrumpfen."

Argumente für Hartz IV APD

Bild: arbeiterfotografie.de

legt. Vertreter der ARGE erklärten aber, dass niemand mit Mietkürzungen zu rechnen hat, wenn er nachweist, dass er/sie sich um eine andere Wohnung bemüht. Auch dies gilt es zu überprüfen.

### Darmstadt-Pass

Ein Antrag unserer Fraktion zur Einführung eines "Darmstadt-Passes" wurde in geschäftsordnungsgemäße Behandlung verwiesen. Mit dem „Darmstadt-Pass“ sollen Menschen mit geringem Einkommen (Bezieher von ALG II und Sozialgeld) und erstem Wohnsitz in Darmstadt die Möglichkeit bekommen verbilligt kulturelle Veranstaltungen und andere städtische Angebote nutzen zu können.

Dazu gehören die städtischen Museen, das Staatstheater, Vivarium, Hallen- und Freibäder,

Eissporthalle, die Stadtbibliothek, Ausstellungen auf der Mathildenhöhe und weitere noch zu definierende Angebote.

Auch hier sind wir auf die Reaktion der Stadt gespannt.

### Melden Sie sich!

Aus vielen Gesprächen wissen wir, in welcher angespannten Situation sich viele ALG II- und Sozialgeldbezieher befinden. Man versucht sich einigermaßen über Wasser zu halten und ist oftmals auf die Hilfe von Freunden und Bekannten angewiesen. Viele sind beim Ausfüllen der Fragebögen, beim Kontakt mit der ARGE auf sich allein gestellt.

Uns wird von offizieller Seite dagegen immer wieder erklärt es gäbe keine Probleme. Wir wissen, dass dem so nicht ist.

Wie sind Ihre konkreten Erfahrungen? Wo brauchen Sie Hilfe? Scheuen Sie sich nicht uns anzurufen oder anzumailen. Jeder Kontakt wird vertraulich behandelt.



**Karl-Heinz Böck**  
**Die Linkspartei.PDS**

**Darmstadt**  
**Mitarbeiter der PDS-DKP/OL**  
**Stadtverordnetenfraktion**

**Kontakt zu PDS-DKP/OL**

**Tel.: 06151-66 90 310**

**Fax: 06151-66 90 533**

**E-Mail: [info@pds-dkp-old.de](mailto:info@pds-dkp-old.de)**

## Im Feinstaub erblindet

Die Stadt-Grünen haben ihr Ziel verloren, seit sie in babylonischer Gefangenschaft im Magistrat sitzen. Anders ist der Eiertanz um den Feinstaub nicht zu erklären. Die Messwerte für Feinstaub lassen das Überschreiten der Grenzwerthäufigkeit noch für dieses Jahr wahrscheinlich werden. Öko-Dezernent Feuchtinger redet davon, Straßen für Lkw-Durchgangsverkehr sperren zu wollen. Auch solle die City-Maut geprüft werden. Je radikaler die Forderung, um so besser. Wenn sie vom hessischen Verkehrsminister oder wem auch immer nicht genehmigt wird, sind die dann schuld. Ein Magistratsbeschluss zum Feinstaub täuscht so schein-

bare Aktivität vor, ohne wirklich handeln zu müssen.

Wir haben daher einen Antrag mit folgenden Forderungen in die Stadtverordnetensitzung eingebracht:

1. Die Dieselfahrzeuge der Stadt und ihrer Beteiligungsbetriebe sind ohne Abwarten von Regelungen des Bundes mit Partikelfiltern auszurüsten.

2. Die Stadt setzt sich beim Bundesminister für Verkehr dafür ein, dass die ohnehin z. T. als Autobahn ausgebaute B 26 zwischen Umgehung Stockstadt a. M. und Darmstadt als Lkw-Mautstrecke ausgewiesen wird und

*Fortsetzung auf Seite 6...*

## Kurz berichtet 4

### Café Scentral

War die Diskussion um die zukünftige Drogenpolitik der Stadt Darmstadt noch im letzten Jahr das zentrale Thema, ist der letzte Akt dieses Trauerspiels quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit "über die Bühne gegangen". Unsere in der Debatte geäußerten Befürchtungen sind eingetreten. Das "Scentral" wurde in einzelne "Module" zerlegt, die Drogenszene aus dem Herrgarten vertrieben und in Randgebiete verlagert. Eine zentrale Forderung von uns nach einem Druckraum wurde nicht realisiert.

...Fortsetzung von S.5 "Feinstaub"  
eine Mautbrücke erhält.

3. Das Umweltamt der Stadt hat einen Ideenwettbewerb in Kooperation mit der FH Wiesbaden zur Begrünung des Rampenbereichs der Hugelstrae initiiert. Die Stadt soll investive Mittel zur Verfügung stellen, so dass eine Begrünung noch in der diesjährigen Pflanzperiode erfolgen kann.

4. Die Stadt soll mit dem Landesamt für Geologie und Umwelt mit dem Ziel verhandeln, an weiteren Stellen des Stadtgebietes mit einer mobilen Messstation die Partikeldichte sowie den Ozonanteil zu messen.

5. Bei berschreiten des Grenzwertes wird eine Beschränkung der

in Bezug auf Umweltstandards nachgebessert werden (auf deutsch: Partikelfilter für Busse und Bahnen).

Herr Feuchtinger lehnte bei der Stadtverordnetenversammlung Anfang Juni den Antrag mit der Begründung ab, mit dem Magistratsbeschluss sei ja alles erledigt. Mitnichten!

Müllwagen und Busse dürfen weiter ruen, es wird nur an der Hugelstrae gemessen in 4 m Höhe und nicht einmal die Einbeziehung der B 26 in die Autobahnmaut fand Gnade. Statt dessen will der Magistrat mit der Stadt Aschaffenburg reden. Dort aber weit keiner etwas von Durchgangsverkehr in Darmstadt, ist auch niemand für die B 26 zuständig...

ergänzende Anfragen gestellt:

1. Die Fußgängerzone in Darmstadt wird von vielen Liefer- und gewerblichen Andienungsfahrzeugen befahren. Gibt es die rechtliche Möglichkeit, die Anlieferung als Sondernutzung zu deklarieren und für Dieselfahrzeuge Partikelfilter von Seiten der Stadt vorzuschreiben?

2. Eine genaue Zuordnung des Feinstaub-Aufkommens gibt es nicht, da sehr viel Staub von außen in die Stadt herein getragen wird. Dies haben auch die jüngsten Messungen von „Greenpeace“ gezeigt. Ist es möglich, dass die Stadt Darmstadt im Benehmen mit dem Landesamt für Geologie und Umwelt und dem hessischen Verkehrsminister auf den Autobahnen westlich von Darmstadt einen Großversuch startet, der die Abhängigkeit der Feinstaubmenge von einer Tempobeschrankung zeigt?

3. Werden die für die Odenwaldbahn zu beschaffenden 22 neuen Triebwagen mit Rufiltern ausgerüstet?

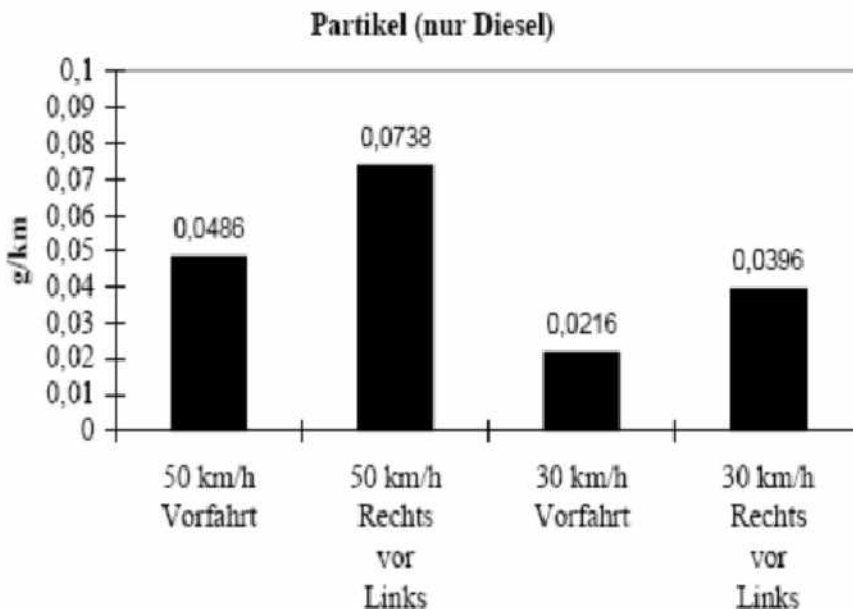
Die Antwort steht noch aus.



**Werner Krone**  
**DKP Darmstadt**  
**Mitarbeiter der PDS-DKP/OL**  
**Stadtverordnetenfraktion**

Zu Tempo 30 noch eine unverdächtige Quelle:

Das Bayerische Landesamt für Umweltschutz ließ 2001 für verschiedene Pkw's die Emissionen messen. Dies geschah auf einem 1,7 km langen Straßenabschnitt in München außerhalb der Stoßzeit, wobei verschiedene Geschwindigkeiten und Vorfahrtsregelungen vorgegeben wurden. Die Strecke wurde hin und zurück durchfahren, wobei folgende Fälle untersucht wurden: Tempo 50 und 30 jeweils mit Vorfahrt oder Rechts vor Links. Die meisten Emissionen lagen bei 30 km/h günstiger, für Rußpartikel war das Ergebnis besonders aussagefähig:



zulässigen Geschwindigkeit auf 30 km/h für alle innerrortlichen Straßen angeordnet.

6. Die Stadt wird in den zuständigen Gremien darauf dringen, dass die Vergabebedingungen für den öffentlichen Personen-Nahverkehr

Auch der eigene Begrunungsvorschlag des Umweltamtes scheint beerdigt zu sein, denn was heißt sonst: Es sollen die finanziellen Möglichkeiten geprüft werden?

Wir haben zusätzlich noch



## Antrag Borsdorffstraße und Wohnpark Kranichstein

### Forderung nach Tempo-30-Markierung wurde umgesetzt

Die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt führte am 14. Mai 2005 zusammen mit Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnparks Kranichstein eine öffentliche Begehung der Borsdorffstraße und des dortigen Wohnumfeldes durch.

Die Beschwerden und Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben wir gebündelt und in einen Antrag und einer kleinen Anfrage ins Stadtparlament eingebracht.

In der Sitzung des Planungs- Bau- und Verkehrsausschusses am 24. Mai 2005 wurde dieser Antrag diskutiert und in geschäftsordnungsmäßige Behandlung verwiesen.

Laut Aussagen von Stadtrat Dieter Wenzel soll die Borsdorffstraße auf 30 km/h beschränkt und dies mit Markierungen auf der Fahrbahn ausgewiesen werden. Dies ist jetzt geschehen.

Das Grünflächenamt wird das Aufstellen von Ruhebänken entlang der Borsdorffstraße prüfen und darüber berichten. Keinen Handlungsbedarf sieht die Stadt bei der von uns kritisierten Rampe. Dies sei Sache des Wohnparks Kranichstein, die Stadt sei nicht zuständig.

Auf starke Kritik seitens der Wohnparkbewohner stieß der geplante Neubau der Kreisverwaltung. Viele empfinden dies als „Klotz“, der ihnen „vor die Nase gesetzt wird“.

Bei der Begehung gab es eine Reihe von Anregungen und Alternativvorschlägen für den Bau dieses Verwaltungsgebäudes und eine Reihe von Hinweisen die katastrophale Parksituation in der Borsdorffstraße betreffend.

Der Bebauungsplan Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg wurde zum zweiten Mal offengelegt, die Einspruchsfrist gegen die geplante Maßnahme ist am 16. Juni 2005 abgelaufen.

Die bei der Begehung aufgetretenen Fragen haben wir an die Stadtverwaltung mit einer kleinen



Anfrage weitergeleitet. Wir wollen wissen:

1. Wurde bei der Planung über einen alternativen Standort (z. B. auf der anderen Seite des Areals, hin zur Jägerstorstraße) nachgedacht?

2. Wurden bei der Planung die Auswirkungen des zunehmenden Straßenverkehrs in der Borsdorffstraße auf die Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnparks (und die Nutzer des Kindergartens) einbezogen? Wäre ein separater Zugang über die Jägerstorstraße nicht sinnvoller?

3. Für welche Nutzung ist das Gelände südlich des ausgewiesenen Bebauungsplangebietes bis zur Straßenbahnlinie vorgesehen? Wäre dieses Gelände nicht alternativ zur Bebauung mit dem Verwaltungsgebäude nutzbar (mit eigenem Zugang von der Jägerstorstraße)?

4. Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die miserable Parksituation in der Borsdorffstraße zu entspannen? Durch den Bau des neuen Kindergartens und der geplanten Kreisverwaltung wird dieser Zustand noch verschärft.

In der Antwort der Verwaltung wurde der Standort verteidigt mit der Begründung „eine breite

Grünschneise zwischen dem Baugebiet K 6.1 und den Gebäuden der Landkreisverwaltung“ müsse erhalten werden. Mit negativen Auswirkungen aus ansteigendem Verkehr in der Borsdorffstraße wird nicht gerechnet.

Anwohnerinnen und Anwohner haben Beschwerde gegen die geplante Maßnahme eingelegt. Wir werden sie unterstützen und den Bebauungsplan in dieser Form ablehnen.



**Siegfried Oettmeier**  
Die Linkspartei.PDS  
Darmstadt  
Mitarbeiter der PDS-DKP/OL  
Stadtverordnetenfraktion

...Fortsetzung von Seite 3 "Hindenburg"

konservativ-bewahrend'. Der Reichspräsident sei nicht eindeutig als 'schlecht' oder 'gut' zu bewerten."

Mit solchen Äußerungen schlägt sich der Stadtarchivar objektiv auf eine Seite, auf die der politisch Rechten. Es geht bei der aktuellen Debatte nicht um das Lebenswerk Hindenburgs oder um die verhängnisvolle Rolle, die er im ersten Weltkrieg zusammen mit Ludendorff spielte. Es geht auch nicht um die intellektuellen Fähigkeit Hindenburgs, die General Max Hoffmann (lange Zeit Hindenburgs erster Generalstabsoffizier) in einem Brief, veröffentlicht in der FAZ am 10.1.1955, so bewertete: „Mit so wenig eigener geistiger und körperlicher Anstrengung ist noch nie ein Mann berühmt geworden."

Beim Anliegen des Antrags der Fraktion der PDS-DKP/Offene Liste geht es allein um die verhängnisvolle Rolle Hindenburgs bei der Machtübergabe an Hitler



Heinz Schäfer

und dessen Partei.

In der Zwischenzeit sind es nicht nur wir, die die Forderung nach Straßenumbenennung erheben.

Stadtverband des DGB und Jüdische Gemeinde fordern das Gleiche.

Hindenburg hat zur Festigung der faschistischen Diktatur beigetragen und den Weg frei gemacht zum Aufbau der nationalsozialistischen Diktatur. Millionen Tote waren das Ergebnis. Aber nach Auffassung

des Darmstädter Stadtarchivars ist dies keinesfalls „als schlecht“ zu bewerten. Wer so mit der Geschichte umgeht, der öffnet Neonazis die Tür in die Politik.

Eine Straße mit dem Namen einer politisch so fragwürdigen Figur wie Hindenburg ist kein Ruhmesblatt für eine demokratische Stadt, es ist vielmehr eine Schande.

**Heinz Schäfer**  
**Die Linkspartei.PDS**  
**Darmstadt**

**Mitarbeiter der PDS-DKP/OL**  
**Stadtverordnetenfraktion**

...Fortsetzung von Seite 1 "Liebe..."

*Wir anerkennen sein antifaschistisches Engagement, dass sich im „Gedenkzeichen Güterbahnhof“ oder in der Ehrung für Karl Plagge manifestiert.*

*In seiner Amtszeit ist Benz seinem Gegenspieler aus früheren Zeiten - dem ehemaligen Oberbürgermeister Günther Metzger - immer ähnlicher geworden. Kungeln mit verschiedenen Interessengruppen, so geschehen beim Café Scentral und aktuell bei der Oetinger Villa, ein Verständnis von Demokratie, das sich rein auf Parlamentsmehrheiten beschränkt. Im Schatten seiner Personalpolitik durfte neben ihm niemand „groß“ werden - die Entmachtung des ehemaligen Bürgermeisters Knechtel oder der ehemaligen Stadtkämmerin Diekmann zeigen dies. Wenig Bürgernähe, Entscheidungen im Elfenbeinturm und in kleinen Runden - Peter Benz hat den „Darmstädter Filz“ perfektioniert und war sein kulturell anspruchsvollster Teil. Projekte, von ihm initiiert und zu verantworten, wie das Wissenschafts- und Kongresszentrum, der überdimensionierte Querbahnsteig oder die Centralstation, sind millionenschwere Hypotheken für kommende Haushalte.*

*Ihr*  
*Rainer Keil*

**PDS-DKP/Offene Liste**  
**Darmstadt**  
**im Internet**  
**[www.pds-dkp-old.de](http://www.pds-dkp-old.de)**

## Neues Kommunalwahlprogramm in Arbeit - Öffentlichkeit einbeziehen.

**Die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste führte am Samstag, dem 09. Juli ihren dritten kommunalpolitischen Ratschlag durch.**

**Ziel dieser Ratschläge ist die Erarbeitung eines Wahlprogramms für die Kommunalwahlen 2006 in Darmstadt. Dabei sollen möglichst viele interessierte Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.**

**Die Ergebnisse der ersten Ratschläge (und der noch folgenden) werden auf einer gesonderten Internetseite veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.**

**Die Adresse der Internetseite lautet:**

**<http://www.kw2006.tele-commies.de>**

### Ich habe Interesse an der PDS-DKP/OL

Name:....., Vorname:.....

Straße:....., PLZ, Ort:.....

Tel.:.....

E-Mail:.....

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos per Post , per Mail

**PDS - DKP/Offene Liste**  
**Stadtverordnetenfraktion**  
c/o Rainer Keil,  
Heinrich-Fulda-Weg 13,  
64289 Darmstadt  
Tel.:06151-66 90 310,  
Fax: 06151-66 90 533  
E-Mail: [info@pds-dkp-old.de](mailto:info@pds-dkp-old.de)